

Der Oberbürgermeister



CDU



14.03.2016

Gemeinsamer Antrag			5177/16 öffentlich
Dringlichkeitsantrag nach §5 GeschO			
Resolution für Erhalt und Förderung umweltfreundlicher Stahlproduktion in Deutschland			
Beratungsfolge:			
Status	Datum	Gremium	Zuständigkeit
Nichtöffentlich	15.03.2016	Verwaltungsausschuss	Beschlussvorbereitung
Öffentlich	16.03.2016	Rat der Stadt Salzburg	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die IG Metall hat zum Erhalt und der Förderung umweltfreundlicher Stahlproduktion und zum Erhalt der Arbeitsplätze die Kampagne „Stahl ist Zukunft“ gestartet. Eine bundesweite Unterschriftenkampagne läuft bis zum 7. April.

Vor diesem Hintergrund bitten die Antragsteller um Zustimmung zu folgendem Antrag:

1. Die Dringlichkeit wird anerkannt.
2. Der Rat der Stadt Salzburg beschließt die folgende Resolution zum Erhalt der Standorte der Stahlindustrie in Deutschland und der Arbeitsplätze der Salzburg AG:

„Für Erhalt und Förderung umweltfreundlicher Stahlproduktion.“

- Die deutsche Stahlproduktion hat in den letzten Jahren massiv in neue Technologien investiert und hat heute die niedrigsten Emissionen weltweit pro produzierter Tonne Stahl.
- Stahl ist ein wichtiger Grundstoff für die deutsche Hightech- und Export-Industrie. In der Stahlproduktion, aber auch im Automobilbau und Windkraftanlagen.
- Stahl stärkt die Energiewende. Er ist nahezu 100% recyclingfähig, macht erneuerbare Energieanlagen erst möglich und sorgt mit hochfesten Stählen für Gewichtsreduzierung und ökologischere Mobilität.

Gegen die Gefährdung von Arbeitsplätzen und neue Belastungen unserer Stahlindustrie durch Emissionshandelsgesetze.

- Schon heute wird Europa von Stahl aus Ländern überschwemmt, die mit bis zu 50% höheren Emissionen Klima und Umwelt global bedrohen.
- Billigstahl aus China und zusätzliche Kosten für die Stahlindustrie durch europäische Emissionshandelsgesetze verzerren den fairen Wettbewerb.
- Wer die deutsche Stahlindustrie noch stärker belastet gefährdet über 100.000 Arbeitsplätze.“

Begründung:

Die IG Metall hat zu einem Aktionstag am 07. April 2016 aufgerufen, um den Erhalt und die Förderung umweltfreundlicher Stahlproduktion zu fordern und gegen weitere Belastungen unserer Zukunftsindustrien zu protestieren.

Die europäische Union plant zurzeit eine Reform des Emissionsrechtehandels mit der Folge, dass Arbeitsplätze und Standorte der Stahlindustrie in Deutschland erheblich bedroht sind.

Die Deutsche Stahlproduktion hat in den letzten Jahren massiv in neue Technologien investiert. Sie hat heute die niedrigsten Emissionen weltweit pro produzierter Tonne Stahl.

Stahl ist ein wichtiger Grundstoff für die Hightech- und Export-Industrie, z.B. bei der Automobilherstellung und beim Bau von Windkraftanlagen.

Stahl stärkt die Energiewende. Er ist nahezu 100% recyclingfähig.

Deutschland ist der größte Stahlhersteller Europas. In Salzgitter gehört die Salzgitter AG als Mitglied der „Big Five“, zu den fünf wichtigsten Arbeitgebern vor Ort. Die Salzgitter AG zählt zu den traditionsreichen deutschen Konzernen. Der Fokus ihrer Geschäftstätigkeit liegt auf Stahl und Technologie. Durch nachhaltiges internes und externes Wachstum hat sich das Unternehmen zu einem der führenden Stahl- und Technologiekonzerne Europas entwickelt – mit einem Außenumsatz in 2015 von rund 9 Mrd. € und über 25.000 Mitarbeitern.

Die EU muss ihre Stahlindustrie vor unfairem Wettbewerb schützen:

Die EU-Länder haben 2015 rund 7 Millionen Tonnen Stahl aus China importiert. Damit hat sich der Stahlimport aus China in der EU seit 2010 verdoppelt. China exportiert Stahl zu Dumpingpreisen, der Staat subventioniert die Produktion. Ein marktwirtschaftlicher, fairer Wettbewerb wird durch den Import in europäische Länder verhindert.

Außerdem bedroht der Import des Stahls aus China die Umwelt. Während in Europa der CO₂ Ausstoß in den letzten Jahren fast halbiert worden ist, hat er sich in China nahezu verdreifacht.

Die Reform des Emissionshandels sieht vor, dass für die europäische Stahlindustrie noch höhere Kosten anfallen werden.

Bisher ist das Handelssystem das wichtigste Instrument der Europäischen Union, die Klimaziele der Euro-Staaten zu erreichen und damit einen Teil zur Klimarettung beizutragen.

Bis zum Jahr 2030 soll der Ausstoß von Treibhausgasen um 40% gegenüber 1990 gesenkt werden. Die Unternehmen, die die Umwelt verschmutzen, kaufen Emissionsrechte, die sogenannten CO₂-Zertifikate kaufen.

Doch ist das Ziel, durch den Kauf von CO₂-Zertifikaten den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase zu reduzieren, nicht erreicht worden. Zurzeit sind zu viele Zertifikate auf dem Markt, mit der Folge, dass es einen rapiden Preisverfall gibt. Daher gibt es nur wenig Unternehmen, die in klimafreundliche Technologien investieren.

Die Anzahl der CO₂-Zertifikate soll mit der Reform deutlich reduziert werden. Dadurch wird der Preis der Zertifikate erhöht. Diese Kosten hätte die Stahlindustrie allein zu tragen.

Schließlich muss die Ausnahme von der EEG-Umlage erhalten bleiben, ansonsten würden den Unternehmen weitere Kosten entstehen.

Eine Reform des Emissionshandelssystems ist zwar unverzichtbar, aber nicht zu Lasten der europäischen Stahlindustrie und nur unter Erhalt aller Arbeitsplätze.

(Klingebiel)

(Stratmann)

(Leidecker)

(Kozlik)

(Fleischer)